

Stuttgart, 26.06.2019

„Rückgang beim Wohnungsbau ist Offenbarungseid“

„Das ist ein dramatisches Alarmzeichen, das deutlich zeigt, wie falsch die Wohnungsbau-Politik der Stadt an einem ganz entscheidenden Punkt ist.“ So kommentiert Dr. Klaus Lang, der Vorsitzende von Haus & Grund Stuttgart, die aktuelle Auswertung der Zahlen zum Wohnungsneubau durch das Statistische Amt der Stadt. Danach kommt die Landeshauptstadt für 2018 nur noch auf einen Nettozugang von 1553 neuen Wohnungen, nach dem Abzug von 294 Einheiten, die durch Abbruch und Umwidmung dem Wohnungsmarkt verloren gegangen sind. Dies ist der tiefste Nettozuwachs seit 2011.

„Mit diesem Minus von 24 Prozent im Vergleich zum Vorjahr liegt die Stadt deutlich unter dem von Oberbürgermeister Fritz Kuhn ausgegebenen Zuwachsziel von 1800 Wohneinheiten pro Jahr, das sowieso viel zu niedrig angesetzt ist“, ergänzt der Vereinsvorsitzende. Er verweist dabei auf den von der Stadt selbst prognostizierten Bevölkerungszuwachs von derzeit 614 000 Einwohnern auf bis zu 650 000 im Jahr 2030: „Die Lage am Wohnungsmarkt ist schon jetzt hochgradig gespannt. Nimmt man diese Zuwachsdynamik hinzu, wird überdeutlich, dass die Wohnungspolitik der Stadt gescheitert ist“, so die Vereinsführung.

Im Übrigen lasse die Wohnungspolitik der Stadt im Vergleich zu anderen Großstädten jegliche Ambition vermissen. Während etwa in Hamburg der Zuwachs an Wohnungen seit 2012 verdreifacht wurde oder München 2017 einen Nettozugang von rund 1900 Wohnungen pro 100 000 Einwohner geschafft hat, sind es in Stuttgart für dieselbe Einwohnerzahl jetzt gerade mal 262 Wohnungen. „Das verdeutlicht, wie gering die Schlagzahl in Stuttgart ist und wieviel entschiedener anderswo gegen die Wohnungsmisere gekämpft wird“, so Wecker: „Stuttgart ist beim Wohnungsbau nicht einmal Zweite Liga.“

Die Ursache dafür bringt der Geschäftsführer des Hausbesitzervereins so auf den Punkt: „Dass der Wohnungsmarkt in Stuttgart derart unter Druck steht, ist vornehmlich dem Umstand geschuldet, dass die Politik sich beharrlich weigert, Bauland auszuweisen. An bauwilligen Investoren jedenfalls fehlt es nicht“, betont Wecker. Zwingend notwendig sei daher „eine behutsame Entwicklung auf Außenflächen der Stuttgarter Gemarkung“.

Um wenigstens perspektivisch die Weichen richtig zu stellen, sei es überfällig, dass die Stadt „endlich Hausaufgaben“ erledige: „Die Stadt muss einen ergebnisoffenen Suchlauf nach möglichen Bauflächen im Außenbereich starten, die Ergebnisse transparent darstellen und abwägen. Und dann muss Politik Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen. Andernfalls trägt die Politik weiter die Verantwortung für hohe Kauf- und Mietpreise“. Im Übrigen, so Wecker, könne man sich nur „verwundert die Augen reiben, wie verharmlosend und fast gleichgültig die Stadt auf die veröffentlichten Zahlen“ reagiere: „Bei dem Rückgang an neu gebauten Wohnungen handelt sich

mitnichten nur um eine Delle, wie Baubürgermeister Peter Pätzold meint, sondern um einen weiteren Beleg dafür, wie der Bau- und der Oberbürgermeister weiter die Augen vor der Realität verschließen.“

Das dass ganz anders gehe, zeige „ausgerechnet das grüne Freiburg, wo ein ganzer Stadtteil mit Wohnraum für 15 000 Menschen neu entsteht. Und das sogar getragen von einem Bürgerentscheid, was zeigt, dass in Baden die Bürger weiter sind als die Lokalpolitiker in Stuttgart“. Dabei werde sogar bewiesen, dass „sensible ökologische Belange nicht unter die Räder kommen müssen“. Wecker gibt sich überzeugt: „Warum soll, was in Freiburg gelingt, nicht auch in der Landeshauptstadt Stuttgart gelingen!“

gez. Ulrich Wecker

Geschäftsführer